

Stand: 09.02.2026 21:09:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8200

"Lernen im digitalen Zeitalter VI - BYOD statt Handyverbot"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8200 vom 01.10.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9750 des BI vom 27.01.2016
3. Beschluss des Plenums 17/9894 vom 02.02.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 02.02.2016



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Gisela Sengl, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Lernen im digitalen Zeitalter VI – BYOD statt Handyverbot

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Einsatz von schülereigenen Geräten (Bring-Your-Own-Device (BYOD)) im Unterricht zu ermöglichen, um das Potenzial der mobilen Geräte gewinnbringend für den Unterricht einzusetzen.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind entsprechend abzuändern. Schülerinnen und Schülern, die über kein eigenes Gerät verfügen, muss die Schule leihweise ein Gerät zur Verfügung stellen.

Begründung:

In den kommenden Jahren muss die Bildungspolitik stärker unter dem Blickwinkel der Digitalisierung betrachtet und die Digitale Agenda in den Haushalten verankert werden. Die Bildungspolitik in Bayern und Deutschland läuft der Digitalisierung hinterher: Die internationale Vergleichsstudie zur Computerkompetenz von Schülerinnen und Schülern in der 8. Klasse (ICIL) hat nicht nur festgestellt, dass deutsche Schülerinnen und Schüler in der IT-Kompetenz nur im Mittelfeld liegen, sondern sie warnen auch vor einem Mythos, dass Kinder und Jugendliche durch das Aufwachsen in einer von neuen Technologien geprägten Welt automatisch zu kompetenten Nutzerinnen und Nutzern digitaler Medien werden. Wir sehen die digitale Medienkompetenz als neue zeitgemäße Kulturtechnik zu Lesen, Schreiben und Rechnen an. Wer keine digitale Kompetenz hat, ist im Nachteil und kann am gesellschaftlichen und kulturellen Leben nur eingeschränkt teilhaben. Daher muss der Umgang mit digitalen Medien in der Schule kultiviert werden und ein selbstverständlicher Teil des Schullebens sein.

Eine flächendeckende infrastrukturelle Ausstattung an Schulen ist dringend erforderlich. Gleichzeitig müssen neue Konzepte wie „Bring Your Own Device“ (BYOD) berücksichtigt werden. Dementsprechend sind wir der Meinung, dass das ungeheure Potenzial, welches der Einsatz von eigenen mobilen Geräten mit sich bringen kann, genutzt werden muss und gewinnbringend für den Unterricht eingesetzt werden sollte. Die Schülerinnen und Schüler sollen lernen, die eigenen Geräte auch zum Lernen und Arbeiten sinnvoll einzusetzen. Die früher diesbezüglich oft thematisierte Spaltung zwischen Haushalten mit und ohne digitaler Ausstattung ist überholt – jedoch bestehen enorme Unterschiede in der digitalen Nutzung der Geräte. Beim BYOD-Ansatz besteht die Chance, dieses Nutzungsverhalten zu thematisieren und die Möglichkeiten digitaler Medien – auch für den Unterricht – aufzuzeigen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/8200

Lernen im digitalen Zeitalter VI - BYOD statt Handyverbot

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Thomas Gehring**
Mitberichterstatter: **Manfred Ländner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 26. November 2015 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 95. Sitzung am 27. Januar 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Gisela Sengl, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/8200, 17/9750

Lernen im digitalen Zeitalter VI – BYOD statt Handyverbot

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Thomas Gehring

Abg. Manfred Ländner

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Staatssekretär Georg Eisenreich

Abg. Ulrike Gote

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 7 bis 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Lernen im digitalen Zeitalter I - Infrastruktur ausbauen, Support stärken
(Drs. 17/8195)**

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Lernen im digitalen Zeitalter II - Medienpädagogische Bildung der Lehrkräfte
(Drs. 17/8196)**

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lernen im digitalen Zeitalter III - Informatik als Pflichtfach (Drs. 17/8197)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lernen im digitalen Zeitalter IV - Förderung medienpädagogischer Forschung und Praxisforschung (Drs. 17/8198)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lernen im digitalen Zeitalter V - Nutzung von W-LAN an den Schulen

(Drs. 17/8199)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lernen im digitalen Zeitalter VI - BYOD statt Handyverbot (Drs. 17/8200)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 36 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Das heißt in diesem Fall: CSU 12 Minuten, SPD 9 Minuten, FREIE WÄHLER und GRÜNE jeweils 7,5 Minuten und Staatsregierung 12 Minuten.

Erster Redner ist Kollege Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Digitalisierung ist ein Megatrend. Wir haben gerade über die Potenziale, die im Boden verlegt werden, gesprochen, nämlich über das Breitband. Jetzt reden wir über die Potenziale in unseren Köpfen und vor allem in den Köpfen unserer Kinder und Jugendlichen, die für das digitale Zeitalter starkgemacht werden müssen. Wir sind schon in diesem digitalen Zeitalter. Es bestimmt schon heute sehr stark unser Wirtschaftsleben. Frau Professor Joost, die Digitalisierungsbotschafterin der Bundesrepublik, hat gesagt, an jedem Arbeitsplatz sei Digitalisierung heute ein Thema. Es gebe keine Arbeit ohne Digitalisierung mehr. Die Digitalisierung beherrscht unsere Lebenswelt, sie beherrscht die Lebenswelt unserer Kinder sehr stark, sie beherrscht das Freizeitverhalten. Deshalb müssen wir auch über Teilhabe an der digitalen Welt reden, wenn wir über Teilhabe an der Gesellschaft in der Zukunft reden. Junge Menschen müssen in Zukunft als demokratische Staatsbürger, als mündige Verbraucher, als selbstständige und kritische Wirtschaftssubjekte und als qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbstständig und souverän in der digitalen Welt agieren können.

Wir sind in einer Situation, in der wir uns des Bildungsauftrags unserer Schulen bewusst werden müssen. Was bedeutet das digitale Zeitalter eigentlich? Wir leben in einem Informationszeitalter. Informationen sind in Hülle und Fülle vorhanden und zu bekommen. Informationen sind aber noch nicht Wissen, Wissen ist noch nicht Bildung, und Bildung ist noch nicht bewusstes und selbstbewusstes Handeln. Informationen sind heute in einer unwahrscheinlichen Art und Weise verfügbar. Sie sind generierbar, sie können durch Algorithmen zusammengefasst werden, und in vielen Fällen ist der Informationsvorsprung der Lehrerinnen und Lehrer geschwunden. In der Zeit, in der der Lehrer die Frage formuliert, können die Schülerinnen und Schüler auf dem Handy unter dem Tisch nachschauen, wie die Antwort lautet.

Wer viele Informationen hat, ist deswegen noch nicht gescheit. Er ist vielleicht sogar ziemlich dumm. Man muss den Informationen einen Sinn geben, man muss die Bezüge herstellen, man muss die Zusammenhänge erkennen, man muss die Hintergründe und Ursachen verstehen, man muss Informationen reflektieren können. Deswegen wird die Schule im Zeitalter der Digitalisierung nicht überflüssig. Sie muss sich aber verändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn neben Lesen, Schreiben und Rechnen die digitale Kompetenz eine neue Kulturtechnik ist, müssen wir zunächst bei den Basics anfangen und fragen, wie die Schulen in Bayern ausgestattet sind. Sie sind eben noch nicht alle mit Breitbandanschlüssen ausgestattet. Deswegen muss es bei der Breitbandoffensive einen Vorrang für die Schulen geben. Die Schulen müssen zuerst angeschlossen werden. Sie brauchen zuerst diese Ausstattung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht um die Ausstattung mit Geräten, es geht um den Support. Wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir die Kommunen in dieser neuen Aufgabe besser und an-

ders unterstützen, weil sie eben nicht nur Schulbücher und Tafeln organisieren müssen, sondern auch für die Ausstattung mit Computern zuständig sind.

Das A und O ist der Einsatz der neuen Medien im Unterricht. Verändern die neuen Medien tatsächlich den Unterricht? Verändern sie tatsächlich das Lehren und Lernen? Führen sie tatsächlich dazu, dass Schülerinnen und Schüler selbstständig und bewusst lernen und dass auch andere Formen des Lernens möglich sind? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir waren in Südkorea und in Singapur. In allen dortigen Kultusministerien haben wir die gleiche Aussage gehört: Sie wollen, dass sich das Lernen verändert. Wenn man sich die Realität dort wie auch bei uns anschaut, muss man feststellen, dass sich noch nicht sehr viel verändert hat.

In einer Studie des Bayerischen Philologenverbandes wird gesagt, dass Lehrerinnen und Lehrer selber sehr viel den Computer und die digitalen Medien für die Unterrichtsvorbereitung nutzen. Der Einsatz im Unterricht für anderes Lernen lässt noch zu wünschen übrig. Das ist übrigens auch ein Ergebnis der neuen Telekom-Studie, die vor Kurzem erschienen ist.

Wenn wir über digitale Bildung reden, müssen wir auch über das Handyverbot an Schulen reden. Es muss mehr denn je Zeiten geben, zu denen das Handy wirklich ruht und nicht benützt wird. Auch in manchen Sitzungen wäre es gut, wenn das Handy einmal ganz weg wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

So muss es auch in den Schulen sein. Das Handyverbot kommt aber auch aus einer Zeit, als das Handy nur ein Telefon war, mit dem man sich allenfalls ein paar Bilder schicken konnte. Heute ist das Handy ein mobiles Endgerät. Es ist ein Computer. Viele Handys in der Hand von Schülerinnen und Schülern sind leistungsfähiger als der Computer, der auf dem Schultisch steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen fordern wir, dass das Handy auch im Unterricht eingesetzt wird. Die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Handy ist gut. Studien zeigen übrigens, dass die sozialen Unterschiede in der Ausstattung mit Handys gar nichts ausmachen. Der Unterschied besteht darin, ob das Handy nur als Spielgerät oder auch als Arbeitsgerät benutzt wird. Dazu zu motivieren, das Handy als Arbeitsgerät einzusetzen, muss Aufgabe der Schule sein. Deswegen fordern wir in unserem Antrag: Bring your own device! Bringt den eigenen Computer mit in die Schule, und dann arbeiten wir damit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein ganzes Bündel an Anträgen eingebracht. Wir GRÜNE haben uns mit diesem Thema schon frühzeitig beschäftigt. Wir haben einen Kongress dazu veranstaltet. Mittlerweile hat auch die Staatsregierung ein Konzept vorgelegt. Auch die anderen Fraktionen werden sicher mit Anträgen kommen. Wir werden uns mit diesem Thema in diesem Haus hoffentlich noch weiter beschäftigen. Es wird gut sein, wenn wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Wir haben heute einmal ein Paket dazu vorgelegt, wie die Schulen ausgestattet werden müssen und wohin der Weg gehen muss. Dazu gehören auch die Lehrerfortbildung und die pädagogische Forschung. Dazu gehört auch, dass wir über WLAN an Schulen reden. Wir schlagen vor, die Schulen selbst darüber entscheiden zu lassen, ob sie für kabelgebundene Lösungen oder für WLAN-Lösungen sind.

Unsere Anträge enthalten eine ganze Reihe von Vorschlägen. Ich bitte Sie: Stimmen Sie unseren Anträgen zu, oder nehmen Sie sie wenigstens als Anlass für weitere und gute Diskussionen. Ich bin sehr optimistisch, dass wir uns mit diesem Thema weiter beschäftigen. Wir sollten uns dabei nicht im Klein-Klein verlieren, sondern über die großen Fragen diskutieren. Was bedeutet es für die Bildung, wenn wir über Digitalisierung reden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Gehring. - Für die CSU-Fraktion hat sich jetzt Kollege Ländner gemeldet. Bitte schön.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Gehring, ich gebe Ihnen darin vollkommen recht, dass wir unsere Kinder und Jugendlichen für die Digitalisierung starkmachen müssen. Digitalisierung ist eine Frage der Teilhabe. Auch das Kultusministerium hat in einer Pressemitteilung erklärt, dass der Umgang mit digitalen Medien ein wichtiges Bildungsziel an bayerischen Schulen sei, dass die Schüler die Medien kompetent und verantwortungsbewusst nutzen sollten und dass die Vermittlung von Medienkompetenz und digitaler Bildung zum Alltag an bayerischen Schulen gehöre.

Medienpolitik und Digitalisierung – da sind wunderbare Sätze, die Sie gefunden haben und die ich unterstreichen kann. Herr Gehring, nur einen Satz kann ich nicht unterstreichen. Sie haben gesagt: Unsere Kinder sollen lernen wie in Singapur. - Das möchte ich wirklich nicht. Wenn Sie wüssten, wie in Singapur gelehrt und gelernt wird, dann möchten Sie das nicht. Vielleicht kennen auch Sie Austauschschüler aus dem asiatischen Raum, die regelmäßig weinen, wenn sie heim müssen, weil sie bei uns die freie und selbstbestimmte Schule kennengelernt haben. Dort drüben aber sind sie einem wirklich enormen Druck ausgesetzt. Das brauchen wir hier aber nicht zu vertiefen.

Sie haben verschiedene Dinge allgemein angesprochen. Mir ist nicht erklärlich, warum Sie diese Anträge heute ins Plenum hochgezogen haben. Ich durfte Ihnen nämlich bereits in der Ausschusssitzung sagen, dass all das, was in Ihren Anträgen steht und sinnvoll ist, entweder schon umgesetzt wurde oder unmittelbar vor der Realisierung steht. Diese bunte Gemengelage orientiert sich vielleicht an den schönen Orchideen, die der Gärtnerverband heute an die Abgeordneten ausgeteilt hat. Das ist ein bunter Strauß, den Sie vorgestellt haben. Herr Kollege Gehring, wenn man ihn einzeln betrachtet, dann kommt man vielleicht zu dem Ergebnis: Ja, die Bayerische Staatsregierung, der Bayerische Landtag und das Kultusministerium sind hervorragend unterwegs. Nach Aussagen des TÜV Rheinland verfügen nämlich zwei Drittel aller bayerischen Schulen über eine Bandbreite von 50 Mbit/s und mehr. Das hat nicht die Werbeabteilung des Finanz- und Heimatministeriums verlauten lassen, sondern der

TÜV Rheinland. Der TÜV Rheinland stellt also fest, zwei Drittel aller Schulen in Bayern haben mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung.

Wir investieren und unterstützen, doch ich bitte eines zu bedenken. Bei der jetzigen, von Herrn Staatsminister Dr. Söder vorgestellten Breitbandausbauinitiative können wir nicht untersuchen, ob es da eine Schule gibt oder nicht. In einer großen Gemeinde mit mehreren Ortsteilen, wo man nach technischen Überlegungen vorgeht, können wir Entwicklungen nicht einfach stoppen und sagen: Hier wird der Breitbandausbau gestoppt, dafür wird er anderswo fortgesetzt; denn dort ist ein Schulstandort. – Ich bitte um Verständnis, dass wir bei dem intensiven Tempo, das beim Ausbau des Breitbands vorgelegt wird, nicht auch den Parameter Schulstandort haben. Das würde viel durcheinanderbringen und nicht gerade zur Beschleunigung des Ganzen beitragen. Außerdem, ich wiederhole mich: Zwei Drittel aller bayerischen Schulen sind bereits bestens mit Breitband ausgerüstet.

Die Funktion des Systembetreuers gibt es an den bayerischen Schulen. Wir haben an den rund 4.400 Schulen in Bayern über 6.000 Anrechnungsstunden. Ein Mehr ist zwar immer möglich, ich glaube aber, das ist ein guter Ansatz. Seit 2002 gibt es ein Netzwerk, dem derzeit über 120 medienpädagogische Beratungslehrkräfte aus allen Schularten angehören und in dem sie zusammenarbeiten.

Zur Lehrerfortbildung will ich anmerken: 10 % aller Lehrerfortbildungsmaßnahmen haben Medienpädagogik zum Inhalt. Ich verweise hier nur auf das eLearning-Kompetenzzentrum in Dillingen. Dort gibt es nachhaltige Fortbildungsinitiativen. In Dillingen und darüber hinaus werden Medienerziehung und Medienpädagogik als wichtiger Bereich in der Lehreraus- und -fortbildung etabliert.

Die Forderung, Informatik als Pflichtfach einzuführen, ist sehr schön. Wir haben periodisch im Bayerischen Landtag immer wieder Anregungen für Pflichtfächer. Kürzlich haben wir im Bildungsausschuss über mehr Sportstunden diskutiert. Wir diskutieren häufig darüber, mehr Raum für Musik, mehr Raum für Theater, mehr Raum für Kultur

zu geben. In der Landwirtschaft wird gefordert, man könnte mehr für Heimatkunde machen. Wir sind also täglich sehr erfolgreich darin, neue Pflichtfächer zu erfinden. Gleichzeitig sagen wir aber: die Schülerinnen und Schüler nicht überfordern. – Von einem weiteren Pflichtfach Informatik halte ich deshalb wenig. Außerdem gibt es in der Sekundarstufe des Gymnasiums bereits Informatik als Pflichtfach. Dort gehört es auch hin. Ob es auch als Pflichtfach in die Sekundarstufe I hinein soll, das wage ich zu bezweifeln. Darüber hinaus wird Informatik an den Realschulen und an den Mittelschulen angeboten.

Zur Forderung nach einem Forschungsprojekt verweise ich auf ein Beispiel an der Universität Augsburg. Dort gibt es unter dem Titel "Lernen mit Tablet-Computern" ein Forschungsprojekt, auf dessen Ergebnisse wir warten, die wir sicherlich in unsere Arbeit einbauen können.

Der schönste Antrag für mich befasst sich aber mit WLAN an Schulen. Dieser Antrag kommt ausgerechnet von den GRÜNEN. Ich kann mich noch daran erinnern, wie wir an dem Gymnasium, für das ich als Kreisrat mit Verantwortung tragen darf, eine WLAN-Klasse eingerichtet haben und was da für ein Aufschrei des Protestes quer durch die Elternschaft ging. Es war von einer Vernichtung der Gehirn-, aber auch der genitalen Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler durch das ständige Bestrahlen mit diesem todbringenden Zeug die Rede. Bei allem Verständnis, das mit dem WLAN ist so eine Sache. Ich kann auch von meiner Ehefrau erzählen, die immer sagte: WLAN kommt bei uns nicht infrage! – Bis sie dann selbst ihren Computer im Wohnzimmer haben wollte.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Ich möchte das nicht lächerlich machen, wirklich nicht. WLAN ist aber nicht nur ein technisches, sondern auch ein emotionales Problem. Eine gesetzliche Pflicht zur Einführung von WLAN ist meiner Meinung nach kontraproduktiv. Ich rate jedem Schullei-

ter und jedem Schulaufwandsträger, die Frage, WLAN ja oder nein, sehr intensiv in der Schulfamilie zu diskutieren.

Dann kommen wir zum Antrag zum Thema "Bring-Your-Own-Device – BYOD", also: Nimm dein eigenes Handy mit. Wir wissen, die Aktion "Bring-dein-eigenes-Handy-mit" funktioniert nur mit WLAN. Insofern gehören diese beiden Anträge auch zusammen. Ich würde diese Verantwortung in die Schulfamilie übergeben und schließe damit, dass es keine Vorschrift gibt, die verbietet, dass mitgebrachte Geräte verwendet werden. Bring-Your-Own-Device kann also jederzeit umgesetzt werden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dann könnt ihr doch zustimmen! Das steht so im Antrag!)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Bayerische Staatsregierung und an der Spitze die CSU-Fraktion werden die Medienpolitik, die Digitalisierung, in unseren Schulen weiter intensiv betreiben. Wir werden an der Medienbildung unserer Schülerinnen und Schüler arbeiten. Die CSU-Fraktion wird an der Spitze dieser Bewegung sein.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Ländner. - Jetzt bitte Frau Kollegin Dr. Strohmayr für die SPD-Fraktion, mit eigenem Device.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Lernen im digitalen Zeitalter ist sicherlich ein spannendes Thema. Es ist ein wichtiges Thema. Es ist wirklich unglaublich - ich bin jetzt seit 13 Jahren im Bayerischen Landtag -, wie sich in dieser Zeit der Einsatz der digitalen Medien ausgeweitet hat. Am Anfang haben wir noch alles auf Papier bekommen. Heute hat jeder ein Handy und einen Mini-PC und bearbeitet damit seine Post, seine Termine und vieles mehr. Manches machen wir heute nur noch digital. Da brauchen wir überhaupt kein Papier mehr.

Meine Damen und Herren, an unseren bayerischen Schulen ist das ganz anders. In dieser Frage möchte ich Herrn Kollegen Ländner widersprechen. Es ist noch lange nicht alles umgesetzt, was wir brauchen.

(Manfred Ländner (CSU): Ich habe gesagt, was in den Anträgen steht!)

In ganz vielen Bereichen haben wir noch ganz viel Nachholbedarf. Ich nenne Ihnen mal ein paar Zahlen: Gerade einmal 14 Mittelschulen, 15 Realschulen und 16 Gymnasien nehmen an dem Pilotprojekt "lernreich 2.0" teil. Das sind 45 Schulen von insgesamt 4.500 Schulen in Bayern – so viel, damit man eine Vorstellung davon hat, wie es an unseren Schulen tatsächlich aussieht. Ich meine, das ist ein Armutszeugnis. Es ist ganz besonders für Sie ein Armutszeugnis, Herr Kollege Ländner, weil Ihre Partei in der Regierungsverantwortung steht und immer propagiert, Bayern sei das Land von Laptop und Lederhosen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich kann Ihnen noch ein paar weitere Zahlen sagen: Die Grundschulen haben im Durchschnitt 28 Computer.

(Unruhe bei der CSU)

- Hören Sie mir gut zu, auch wenn es wehtut. - 28 Computer, das sind gerade einmal so viele Computer, wie Schüler in einer Klasse sitzen. An den Gymnasien sind mehr PCs, nämlich durchschnittlich 130. Aber ein dreizügiges Gymnasium hat über 600 Schüler. Da kann man sich dann leicht ausrechnen, wie lange ein einzelner Schüler an einem solchen Gerät sitzen und üben kann, was er später in seinem Arbeitsleben perfekt können muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es gibt hier über alle Fraktionen hinweg Konsens, wie wichtig IT-Kenntnisse heute für jeden von uns sind. Digitale Medienkompetenz ist gleichsam eine neue Kulturtechnik wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Es ist nur schade, dass diese Kulturtechnik an unseren Schulen bisher noch nicht oder

nur unzureichend vermittelt wird. Es verwundert also nicht, dass in Studien, unter anderem der ICILS-Studie, festgestellt wurde, dass die Hälfte aller deutschen Achtklässler noch nicht mal eine Internetadresse eingeben kann. Wir wissen also, dass Kinder nur durch das Aufwachsen mit PC und Smartphone nicht automatisch kompetente Nutzer der digitalen Medien werden. Wenn man die vorgenannte Studie näher anschaut, sieht man auch die harte Kritik der Forscher gerade an den Schulen und den Lehrern. Sie sagen: Hierzulande lernen die Schüler den Umgang mit dem PC trotz Schule, nicht dank der Schule. So war es zumindest bei dieser Studie aus dem Jahr 2014; ich gehe davon aus, dass sich in dem kurzen Zeitraum bis jetzt nicht viel geändert hat.

Wir müssen also feststellen: Die digitale Entwicklung geht an unseren Schulen vorbei, auch an den bayerischen Schulen, weil wir zu wenig Hardware an den Schulen haben oder die Hardware nicht funktioniert oder veraltet ist und weil wir zu wenige Menschen haben, die sich um diese Geräte kümmern. Es gibt zu wenige Systemadministratoren, und es gibt nicht den notwendigen Breitbandanschluss an allen Schulen. 46 % aller Schulen in Bayern haben einen Anschluss von 6 Mbit/s. Damit ist der Anschluss in den Schulen hier in Bayern absolut unzureichend. Das, was Herr Söder gerade gesagt hat, dass wir hier mit Sechs-Meilen-Stiefeln unterwegs wären, kann ich nicht feststellen. Ich muss demgegenüber eher feststellen, dass wir hier im Schneckentempo unterwegs sind.

(Beifall bei der SPD)

Eine Umfrage beim Bayerischen Philologenverband hat ergeben, dass jede zweite Lehrkraft mit der Ausstattung mit digitalen Medien an den Schulen unzufrieden ist. Hauptgründe sind, wie ich schon gesagt habe, die Unzufriedenheit mit einer zu geringen Anzahl der Geräte, mit den nicht funktionierenden Geräten oder mit der viel zu langsamen Internet-Verbindung. Wenn Lehrer digitale Medien einsetzen sollen, und zwar in allen Schularten, dann brauchen sie vor allem funktionierende Geräte. Wenn wir tatsächlich wollen, dass das passiert, müssen wir als Freistaat Bayern die Schulen,

die Kommunen und die Schulverbände unterstützen. Deswegen unterstützen wir auch die Initiative der GRÜNEN in diesem Bereich.

Am besten kann das, so meinen wir, gelingen, wenn wir endlich eine verlässliche, bayernweit einheitliche IT-Struktur inklusive aller IT-Serviceleistungen aufbauen. Leider stecken wir auch da, Herr Ländner, noch in den Kinderschuhen. Ich gebe Ihnen zwar recht, wenn Sie sagen, dass es einige Pilotschulen und einige Pilotklassen gibt, die da tolle Arbeit leisten. Aber das sind halt leider nur sehr, sehr, sehr wenige. Es gibt wenige Leuchttürme, und viele, viele, viele haben in diesem Bereich einfach noch gar keine Angebote.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Informatik braucht einen höheren Stellenwert in der schulischen Bildung. Informatik muss zur Pflicht an den Schulen werden, auch wenn wir im Unterschied zu den GRÜNEN meinen, dass das durchaus fächerübergreifend passieren kann. Es ist wichtig, dass jeder Schüler die Möglichkeit hat, eine Programmiersprache zu erlernen; wir sind nämlich in der Auffassung einig, dass eine Programmiersprache ähnlich wie eine Fremdsprache heute für die Schüler sehr wichtig ist.

Wir brauchen gute Konzepte für die Schulen. Auch da gibt es bisher noch zu wenig, und da müssen wir dringend ran. Wir sagen also: kein Pflichtfach, sondern einfach ein verpflichtendes, fächerübergreifendes Angebot an allen Schulen. Deswegen werden wir auch diesem Antrag nicht zustimmen.

Neben den Lehrern, die nachqualifiziert werden müssen, brauchen auch die Schüler Medienbildung; dazu kann ich in den Anträgen der GRÜNEN relativ wenig finden. Sicherlich müssen wir noch einmal genauer darüber reden, was in diesem Bereich passieren muss, damit letztendlich alle Schüler die entsprechende Medienkompetenz bekommen.

Das Mitbringen eigener Geräte macht aus unserer Sicht durchaus Sinn – allerdings glauben wir, dass es nur dann Sinn macht, wenn die Schulen die Software vorgeben können, also wenn alle Geräte über eine einheitliche Software verfügen und wenn es

für Schüler, die keine eigenen Geräte haben, unbürokratische Möglichkeiten gibt, schnell entsprechende Geräte zu bekommen. - Insgesamt werden wir den Anträgen wie im Ausschuss zustimmen bis auf den Antrag auf Drucksache 17/8197, den wir aus den dargestellten Gründen ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung: Herr Professor Dr. Piazzolo, FREIE WÄHLER. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Hoch geschätzter Herr Präsident,

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Eieiei! – Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU))

meine sehr verehrten Damen und Herren! Narren sagen die Wahrheit – so lautet das Sprichwort. Damit möchte ich auf die Fastnacht in Veitshöchheim verweisen, die, denke ich, bei einer Einschaltquote von beinahe 50 % viele gesehen haben. Was ist dort zum Breitbandausbau und zur digitalen Bildung gesagt worden? – In manchen Regionen Bayerns sei das Internet so langsam, dass die Mails auf dem Bildschirm einfrieren; sie müssten dann von Hand abgeschrieben und dem Milchmann mitgegeben werden, um irgendwann einmal anzukommen.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Helau!)

- Ja, genau so war's. Helau! – Das kommt nicht von mir, sondern das kam - - Herr Waschler, Sie lachen beinahe so wie der Ministerpräsident vor Ort. Ich hab das ja gesehen. Trotzdem, es ist teilweise Realität in Bayern. Das sollten Sie nicht bestreiten.

(Zuruf von der CSU)

Was mich wundert, ist: Wenn jetzt von den Kollegen der CSU gesagt wird und es auch in dieser wunderschönen Broschüre der Staatsregierung – zu ihr sage ich noch etwas – heißt, zwei Drittel der Schulen verfügten über 50 Mbit/s - -

(Manfred Ländner (CSU): Das sagt der TÜV Rheinland!)

- Völlig richtig, Herr Ländner. – Das heißt dann im Umkehrschluss: Ein Drittel der Schulen verfügt nicht darüber. Ein Drittel der Schulen ist nach so vielen Jahren immer noch unterversorgt und nicht auf dem Stand dessen, was man braucht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Also, und das gilt für die gesamte digitale Bildung: Erst einmal muss man die Voraussetzungen schaffen; denn was nützen die besten Schulcomputer, wenn die Geschwindigkeit nicht stimmt? – Gar nichts. Digitalisierung und digitale Bildung sind ein ganz wichtiges Thema, aber ich glaube, man sollte es auch differenziert angehen, differenzierter jedenfalls, als es die Staatsregierung in diesem farbigen Flyer zu ihrer Zukunftsstrategie "Digitale Bildung in Schule, Hochschule und Kultur" von sich gibt. Ich darf ihn nicht zeigen, aber Sie alle haben ihn bekommen. Dazu möchte ich doch ein paar Worte verlieren. Diese Werbebroschüren der Staatsregierung kosten viel Geld. In dieser Werbebroschüre sind auf 44 Seiten 21 Bilder mit Menschen vor Computern zu sehen. Alle diese Menschen lachen, schauen fröhlich vor sich hin. Das ist die Botschaft. Die Einzigen, die nicht fröhlich lachen, sind die drei von der Staatsregierung vorne:

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Kollege Eisenreich, noch am fröhlichsten, Herr Sibler und Herr Spaenle, weniger fröhlich. Aber die sitzen ja auch nicht vor dem Computer. Sie sind die Einzigen, die nicht vor einem Computer sitzen. Sie schauen in die Ferne. Die Broschüre ist im Grunde genommen wirklich ein Bildband der schönen neuen digitalen Welt. Sie ist – und das sollte man sich schon überlegen – überhaupt nicht kritisch. - Ich habe jetzt gerade

über die Weihnachtszeit ein Buch gelesen, dem ich in vielen Dingen nicht zustimme. Es stammt von Martin Spitzer, "Digitale Demenz"; er beschreibt darin auch die kritischen Seiten einer digitalen Entwicklung. Das, was Sie hier zeigen, ist im Grunde genommen ein Zerrbild. Wenn Sie sich das anschauen, dann sehen Sie darin nur schöne Menschen. Davon möchte ich die Staatsregierung jetzt nicht ausnehmen.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Darin sehen Sie nur schöne Menschen; alle lächeln vor schönen Computern,

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

bis auf einen, das ist der Professor. Keiner trägt eine Brille, obwohl sie ständig in den Computer schauen. Spannend ist auch, dass sich die Bilder zum Teil wiederholen. Es sind dann die gleichen. Man merkt, die Agentur hatte nur eine gewisse Auswahl an Bildern.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Hinzu kommt noch, wenn Sie sich das durchlesen:

(Manfred Ländner (CSU): Ist es auch gendermäßig untersucht?)

– Ja, auch gendermäßig. Gendermäßig ist es unbedingt. Danke, dass Sie es ansprechen. Gegendert ist es; es sind darin ungefähr gleich viele Frauen wie Männer abgebildet. Das Interessante, Herr Ländner, ist nur – schauen Sie es sich einmal an –: Es sind kaum dunkelhaarige Frauen darin; es sind hauptsächlich Blondinen und Brünette darin.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sollten doch gendern. Interessant ist dabei auch der Migrationshintergrund: Sie haben nur einen mit Migrationshintergrund abgebildet, und der muss außen sitzen.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Also, auch das ist sehr kritisch. Dann haben sie noch eine Dame, wahrscheinlich aus Indien, aber die ist nicht offiziell, sondern die ist auf dem Bildschirm abgebildet. Das heißt, mit der wird nur über den Bildschirm kommuniziert, also mit der Außenwelt, aber die darf nicht nach Bayern. Das Ganze, was da gezeigt wird, ist schon sehr spannend. Im Grunde genommen ist es Bayern mit Laptop, aber ohne Lederhose. Das ist es, was Sie in dieser Broschüre zeigen: keine einzige Kirche, auf keinem einzigen Bild – das ist überhaupt nicht CSU-like –, kein Volk, keine Lederhosen, sondern eine moderne digitale Welt, in der alle lächeln.

Das Ganze kommt mir vor wie der Film "Die Truman Show" mit Jim Carrey: Es ist nichts mehr wahr. Es geht darin um einen Mann in einer reinen Fernswelt, und er weiß als Einziger nicht, dass er nur in einer Fernswelt ist. – Genau davor warne ich: nämlich dass man Digitalisierung nur noch positiv sieht, nur noch in Hochglanzbroschüren. Das ist eine digitale Falle, in die Sie da tappen. Man sollte überlegen, ob man diese Bilder breit verteilt. Über den Inhalt will ich überhaupt nicht reden. Der Inhalt ist ein Wunschkonzert.

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zu den Anträgen sagen. Wir haben darüber sehr intensiv im Ausschuss geredet. Weil wir FREIEN WÄHLER unseren Grundsätzen immer treu bleiben, bleiben wir selbstverständlich auch bei dem, was wir im Ausschuss entschieden haben. Das heißt, mit manchem gehen wir konform. Auch wir wollen wie die GRÜNEN die Infrastruktur stärken, wir wollen sie aber bayernweit stärken. Da gibt es schon entsprechende Ansätze.

Wir wollen die medienpädagogische Bildung; da stimmen wir zu. Wir wollen aber nicht Informatik als Pflichtfach. Wir wollen erstens nicht noch mehr Pflichtfächer und zweitens, wenn schon ein Fach, dann Medienpädagogik, aber nicht Informatik.

Ich sage auch ganz offen: Eine Aufhebung des Handy-Verbots sehe ich ebenso relativ kritisch; da muss man schon einmal über die Teilhabegerechtigkeit nachdenken.

Insgesamt sage ich einen Dank an die GRÜNEN-Fraktion, dass sie das Thema aufgegriffen hat. Ich bitte die Staatsregierung, über die Auswahl der Agentur nachzudenken und über die Einfachheit der Sprache in der Broschüre. Nicht alles, was digital ist, ist gleichzeitig gut. Sie vergessen damit im Grunde genommen einen großen Teil Ihrer Kernwählerschaft. Aber das ist Ihr Problem und nicht meines.

Die FREIEN WÄHLER halten Kurs; das heißt, sie sind sachorientiert und differenziert auch in der digitalen Bildung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Piazolo. – Der nächste Professor meldet sich zu Wort: Professor Dr. Waschler, bitte schön. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Gehring, ich kann Ihnen zustimmen, das Thema ist wichtig; wir werden es weiter verfolgen. - Kollegin Strohmayr sehe ich leider nicht mehr. Wenn sie noch dagewesen wäre, hätte ich ihr sagen können: Ich bin fast sicher, dass sie mir am Ende nach den Ausführungen zustimmt. - Herr Kollege Piazolo, bei der Wertschätzung, die ich Ihnen gegenüber habe, gestehe ich: Um ein Haar hätten Sie es geschafft, mich sprachlos zu machen.

In der gebotenen Kürze der Zeit, die mir noch bleibt – es sind drei Minuten und sieben Sekunden -, stelle ich zusammenfassend fest, dass die Zukunftsstrategie der Staatsregierung ideal passt. Die Broschüre "Digitale Bildung in Schule, Hochschule und Kultur" ist uns vorgelegt worden. Sie ist hier ein paar Mal angesprochen worden. Darin ist alles enthalten, wohin wir wollen. Die Zielorientierung ist präzise beschrieben. Ich kann nur feststellen: Die Vorredner der Oppositionsfraktionen haben es in Nuancen angesprochen, Kollege Ländner hat es auf den Punkt gebracht. Wir versuchen, unsere Stärken weiter zu stärken. Wo ein Nachholbedarf besteht – das haben wir vorher in der Diskussion durch unseren für Finanzen, Heimat und Digitalisierung zustän-

digen Minister erfahren –, arbeiten wir mit viel Geld und in großer Intensität weiter. Das heißt, wir lehnen uns nicht zurück, sondern wir gehen in die richtige Richtung. Ich bin davon überzeugt, dass man, wenn die Opposition keine ideologischen Scheuklappen aufhat, unseren Anträgen und Initiativen auch zustimmen wird.

In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Gehring, kann ich es mir nicht verkneifen: Sie haben die Telekom-Studie angesprochen. Auch ich habe sie sehr intensiv gelesen; sie ist wissenschaftlich sehr schön aufbereitet und interessant gestaltet. Beim Fazit haben Sie, Herr Kollege Gehring, eines nicht erwähnt: In all den Punkten, bei denen man sagen kann, daran muss Bayern arbeiten, sind wir auf dem Weg. Kollege Ländner hat viele Punkte angesprochen. Ein anderes Bundesland, das es einmal geschafft hat, auf gleicher Höhe mit Bayern zu sein, ist nämlich erheblich zurückgefallen. In der Telekom-Studie – "Schule digital ... 2015" heißt das Werk – ist veröffentlicht, dass ein Bundesland extremen Nachholbedarf hat, und das ist in der Südschiene Baden-Württemberg. Wer ist dort an der Regierung? Wer trägt die Kernverantwortung? – Sie alle wissen es.

Ich bringe es für unsere Fraktion auf den Punkt: Das Thema ist wichtig. Wir wollen es mit aller Ernsthaftigkeit und Intensität weiter nach vorne bringen, aber in einer pädagogischen Abwägung. Wir wollen das Analoge nicht missen, das Digitale gerne stärken. Wir nehmen auch die Rückmeldungen ernst, dass viele Kinder, die gut mit Tablet und Computer umgehen können, plötzlich Probleme haben, sauber zu schreiben. Das nehmen wir sehr ernst.

In einem Punkt hat Kollege Ländner völlig recht: Es geht hier um das Wohl der Kinder und der Jugendlichen. Wir müssen eine gesamtpädagogische Abwägung vornehmen. Die haben wir im Freistaat Bayern deutlich besser vorgenommen als das im digital von mir hoch geschätzte Südkorea oder in Singapur; denn diese Art der Bildung wollen wir nicht. Wir wollen die beste Bildung für unsere Schülerinnen und Schüler, und zwar nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Waschler. – Für die Staatsregierung möchte sich Herr Staatssekretär Eisenreich äußern. Bitte sehr.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass sich das Haus mit diesem wirklich wichtigen Thema beschäftigt. Wir haben das im letzten Jahr auch getan. Ich habe die Arbeitsgruppe im Ministerium leiten dürfen. Das Ergebnis dieser Arbeit ist im Sommer des letzten Jahres ein Ministerratsbeschluss gewesen. Weil uns wichtig war, das, was wir erarbeitet und beschlossen haben, allen zugänglich zu machen, damit eine gute Diskussionsgrundlage besteht, haben wir entschieden, dies in einer Broschüre zusammenzufassen. Die Ausführungen dazu waren wirklich sehr unterhaltsam, sehr verehrter Herr Kollege Professor Piazzolo. Ich hätte mir aber schon gewünscht, dass man auch zum Inhalt etwas sagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nur zu den Bildern etwas zu sagen, ist ein bisschen wenig. - Wenn man die Broschüre liest und nicht nur wie bei der "Bild"-Zeitung von Bild zu Bild springt,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

sieht man eine Dreiteilung. Uns war es wichtig, im ersten Teil unser Leitbild darzulegen. Es geht schließlich um Bildung. Der zweite Teil ist eine Bestandsaufnahme, und der dritte Teil ist unser Konzept und unsere Strategie.

Wir sind bei diesem großen Thema selbstverständlich erst am Anfang. Wir werden uns mit dem Thema noch lange und sehr intensiv beschäftigen müssen. Ich freue mich auf die Debatte im Haus. Die Schule muss auf die Lebenswelt von morgen vorbereiten, die sich im Zuge der Digitalisierung grundlegend verändert. Die Digitalisierung ist ein Megatrend, der alle Menschen betrifft und auch alle Lebensbereiche durchdringen wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Digitalisierung wird die Welt neu ordnen.

Bayern kann dabei viel gewinnen; aber nachdem Bayern schon viel hat, kann Bayern auch viel verlieren. Die Digitalisierung birgt daher ebenso Chancen wie Risiken. Wir müssen insofern mutig sein, aber auch besonnen.

Wichtig ist – das war auch ein Teil der Arbeit, mit der wir uns im letzten Jahr beschäftigt haben –, dass die Digitalisierung unser Menschenbild sowie unser Bildungsverständnis nicht verändern darf. Die Digitalisierung darf die Ziele, die Bildungsziele, die in unserer Verfassung niedergelegt sind, nicht verändern; sie müssen die gleichen bleiben. Nicht die Technik, sondern der Mensch muss weiterhin im Mittelpunkt stehen. Das ist übrigens eine der größten Gefahren, die von diesem Megatrend für die Bevölkerung ausgeht. Es geht dabei um die Frage, in welchem Maße sich der Mensch in seiner freien Entfaltung gegen die Technik und die dahinter stehenden Unternehmen behaupten kann. Das ist und bleibt noch ein ganz spannender Bereich. Unsere Ziele jedoch sind und bleiben dieselben, so wie sie in der Verfassung stehen. Der Mensch als souveräne, freie, verantwortungsvolle Person steht im Mittelpunkt. Er soll seine Fähigkeiten und seine innere Berufung entfalten können.

Was bedeuten Digitalisierung und digitale Bildung für die Schule? - Zunächst einmal ist die Feststellung zu treffen: Die Schule wird sich verändern, sie wird sich weiterentwickeln müssen. Das wird sowohl die Inhalte betreffen als auch die Arbeitsweisen und die Methoden. Das heißt: Digitalisierung, digitale Bildung sind sowohl Gegenstand von Bildung als auch Werkzeug und Methode im Bildungsprozess.

Punkt eins: Digitalisierung als Gegenstand von Bildung. Wir alle wissen: Die Informationsflut nimmt zu, das Wissen nimmt zu; es ist weltweit immer leichter verfügbar. Die Innovationszyklen werden immer kürzer. Das bedeutet: Die Digitalisierung verändert die Welt, und die Schule muss die Schülerinnen und Schüler darauf vorbereiten, sich in dieser digitalisierten Welt zurechtzufinden. Wir sind daher – das ist unsere Einschätzung, so haben wir es auch hineingeschrieben – der Überzeugung, dass der Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien neben dem Lesen, Rechnen und Schreiben eine vierte Kulturtechnik werden wird. Die jungen Menschen müssen dabei

nicht nur neue Kompetenzen erwerben, sondern bestimmte Kompetenzen werden in Zukunft noch viel wichtiger sein. Wenn die Informationen und das Wissen immer mehr zunehmen, dann muss die Kompetenz, richtig auszuwählen, kritisch zu hinterfragen und richtig zu bewerten, noch besser geschult werden. Natürlich muss auch die Fähigkeit, sich auf Neuerungen einzustellen, Teil des Gegenstandes von Bildung an Schulen sein.

Punkt zwei: Digitalisierung als Methode. Die digitalen Werkzeuge und Medien bieten große Chancen, um Inhalte besser zu veranschaulichen und den Lernprozess zu individualisieren. Unser großes Ziel, Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung, kann durch digitale Werkzeuge und digitale Medien noch besser unterstützt werden – zum Beispiel im Bereich der Inklusion, bei der Beschulung von Flüchtlingen wie auch in der Begabtenförderung. Hier können wir ganz sicher profitieren, wenn wir digitale Werkzeuge und Medien einsetzen. Die Schule wird sich dadurch verändern – auch der Unterricht, auch die Rolle des Lehrers –, dass über die Klassenzimmer hinaus vernetzte Interaktionsräume geschaffen werden; das heißt, die Arbeit in Gruppen, die Arbeit in Interaktionsräumen wird zunehmen. Das bedeutet, auch Lehrer müssen sich in ihrem Verständnis, wie sie Unterricht halten, entsprechend weiterentwickeln.

Da gibt es aber eine wichtige Einschränkung: Die digitalen Medien und die digitalen Werkzeuge sind kein Selbstzweck. Wir brauchen sie dort, wo sie einen didaktisch-pädagogischen Mehrwert schaffen. Das heißt, sie ersetzen die jetzigen Methoden nicht, sondern sie erweitern den Werkzeugkasten der Lehrerinnen und Lehrer. Einige Studien zeigen, dass schon erstaunlich viele Lehrkräfte in Bayern digitale Medien nutzen: 70 % mindestens einmal in der Woche, 50 % davon sogar täglich. Auch anderen Studien zufolge sind wir, was die Ausgangssituation betrifft, vergleichsweise auf einem guten Stand.

Ich will die Aufgabe gar nicht kleinreden. Wir stehen erst am Anfang, und die Herausforderungen an uns sind enorm. Deswegen haben wir uns intensiv mit der Sache beschäftigt und entsprechende Strategien vorgelegt. Wen dieses Thema wirklich interes-

siert, dem empfehle ich, die Broschüre sorgfältig zu lesen und nicht nur die Bilder anzuschauen. Da steht alles im Detail drin.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Da steht nicht so viel drin!)

– Da steht noch viel mehr drin. Wenn ich das alles vortragen wollte, dann bräuchte ich eine Stunde.

Jetzt möchte ich kurz noch etwas zu den Anträgen sagen.

Zum Antrag I: Infrastruktur ausbauen, Support stärken. Diese Maßnahmen sind wichtig. Eine Voraussetzung dafür, dass digitale Bildung an den Schulen funktioniert, ist, dass die Ausstattung gut ist. An vielen Schulen haben wir schon eine ordentliche Ausstattung. Natürlich müssen wir uns um alle Schulen kümmern, insbesondere um die, bei denen das Ganze noch nicht so richtig funktioniert. – Wir brauchen eine funktionsfähige, sichere Ausstattung, damit die Lehrer, die diese Medien einsetzen wollen, dies auch können, und diejenigen, die das bisher nicht wollten, keine Ausrede mehr haben. Zuständig sind dafür die Kommunen als Sachaufwandsträger. An dieser Zuständigkeit wird sich auch nichts ändern. Wir unterstützen die Kommunen, indem wir zur IT-Ausstattung von Schulen ein sogenanntes Votum machen. Außerdem wollen wir auf die Kommunen zugehen, um ein Aktionsbündnis auf den Weg zu bringen.

Ich komme zu den Anträgen II und IV. Medienpädagogische Ausbildungsinhalte sind bereits jetzt integrale Bestandteile der Lehrerbildung für alle Schularten. Es besteht die Möglichkeit, das Lehramtsstudium mit einer pädagogischen Qualifikation im Bereich Medienpädagogik zu erweitern. In Bayern gibt es schon eine ganze Reihe von Lehrkräften mit dieser Zusatzqualifikation als medienpädagogisch-informationstechnische Berater, die ein bundesweit wirklich einmaliges Netzwerk bilden und die die Lehrkräfte in der Region sowie die Schulen beraten und unterstützen.

Zum Thema "Informatik als Pflichtfach": Das Land Bayern war Vorreiter bei der Einführung des Fachs Informatik an den Schulen. Dafür wurden wir sehr gelobt. Wir müssen

uns jetzt überlegen, wie wir das Ganze in die Breite bringen. Bayern ist im Zusammenhang mit der Einführung des Fachs Informatik an den Schulen bundesweit ein Vorreiter gewesen.

Ich komme zum Schluss: WLAN und "Bring Your Own Device" statt Handyverbot. Lieber Kollege Thomas Gehring, was ihr da fordert, gibt es bereits jetzt. Die Nutzung von WLAN an den Schulen ist jetzt schon möglich. Zuständig für diese Entscheidung sind die Sachaufwandsträger zusammen mit den Schulen. Wir empfehlen, dass die Angelegenheit einvernehmlich vor Ort geregelt wird. Wenn ein Sachaufwandsträger mit Zustimmung der Schule die Schule mit WLAN ausstatten will, dann kann er dies schon heute machen. Dazu brauchen wir keinen Antrag, dazu bedarf es auch keiner Änderung.

Ich komme zum Thema Handyverbot. Da muss man unterscheiden, wofür das Handy überhaupt eingesetzt wird. Zu pädagogischen Zwecken ist der Einsatz des Handys im Unterricht auch heute schon möglich, also müssen wir auch hier nichts ändern. Es muss nur ein sinnvolles Konzept vorliegen, wie das Handy pädagogisch, also mit Zustimmung der Lehrer, im Unterricht eingesetzt werden kann.

(Abgeordnete Ulrike Gote (GRÜNE) meldet sich zu einer Zwischenbemerkung)

– Frau Gote, lassen Sie mich schnell zu Ende ausführen, dann können wir gerne die Frage aufrufen.

Wir sind in vielen Dingen schon auf dem Weg; wir sind in vielen Bereichen schon wesentlich weiter, als es in diesen Anträgen steht. Ein Teil davon ist sogar bereits umgesetzt. Wir haben unsere Strategie hierzu vorgelegt. Ich freue mich aber, dass wir bei diesem Thema vom Parlament begleitet werden; denn das ist keine Sache, die man innerhalb von ein paar Wochen oder Monaten umsetzen könnte. Das wird eine Daueraufgabe für die nächsten Jahre sein, und darum bleibt das Thema natürlich auf der Tagesordnung.

Wir müssen anpacken, wir müssen sogar zügig anpacken; andere Länder haben da eine große Dynamik entwickelt. Deswegen sage ich all denjenigen, die hier mithelfen, meinen Dank, insbesondere natürlich den Schulleiterinnen und Schulleitern sowie den Lehrkräften, wenn auch nicht alle von Haus aus die große Begeisterung dafür zeigen. Aber ich glaube, dass die Einsicht, dass das ein wichtiges Thema ist, dem man sich nicht verschließen kann, bei vielen sehr groß ist. Deshalb herzlichen Dank an alle, die uns auf diesem Weg begleiten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zunächst vielen Dank, Herr Staatssekretär. - Nun hat Frau Kollegin Gote das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Staatssekretär, es freut mich sehr, dass Sie in der Frage, wie man digitales Lernen in der Schule umsetzt, einen ähnlichen Weg wie wir beschreiten und wir uns in manchen Zielen einig sind. Insbesondere hat mich gefreut, dass Sie auch auf die Verantwortung der Sachaufwandsträger hingewiesen haben. Ich denke, Sie haben da sehr stark an die Kommunen gedacht. Ich möchte von Ihnen wissen, wie es an den Schulen ist, wo der Staat Sachaufwandsträger ist. Das sind ja nur noch wenige Schulen, das wissen Sie ja, aber ich denke zum Beispiel an die Gymnasien. Welche Anstrengungen haben Sie da bereits unternommen? Gibt es in diesen Schulen schon den Ansatz einer Umsetzung? Es wäre ein tolles Modell, wenn der Staat wenigstens in den Gymnasien, die er selbst unterhält, in diesem Bereich tätig würde. Das Markgräfin-Wilhelmine-Gymnasium in Bayreuth hat leider von diesem guten Vorhaben noch nichts mitbekommen. Es gibt da intern zwar WLAN, aber die Kinder dürfen es nicht nutzen. Meine Frage also: Welche konkreten Initiativen haben Sie als Sachaufwandsträger in Ihren eigenen Schulen schon unternommen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Der Staat ist bei einigen wenigen Schulen, beispielsweise bei den Heimschulen, der Sachaufwandsträger. Ich kann

Ihnen jetzt über den Stand nichts berichten, lasse mir aber gern die Zahlen vorlegen und werde sie Ihnen dann nachreichen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt alle sechs Anträge zur Ablehnung.

Ich frage Sie, ob Einverständnis damit besteht, dass über die Anträge insgesamt abgestimmt wird? Es wird das Votum des federführenden Ausschusses zugrunde gelegt.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ja!)

Ich sehe keinen Widerspruch; dann lasse ich insgesamt abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in dem vorgenannten federführenden Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist absolut einstimmig. Es gibt also keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Anträge sind abgelehnt.